

KRITIK AN DER UNVERANTWORTLICHKEIT DER LANDESREGIERUNG

erschienen am 20. Dezember 2011

[Sachsen-Anhalt](#)

Veit Wolpert, Landesvorsitzender der FDP Sachsen-Anhalt, wirft der Landesregierung Rechtsbruch vor. Er kritisiert, dass Kommunen in die Eingemeindung mit dem Vorkaufsrecht gezwungen werden, ihre niedrigen Steuersätze noch bis zu zehn Jahre lang zu halten und sie nun direkt nach der Wahl zu zwingen, die Steuern zu erhöhen.

Die Kommunalverwaltung ist bislang mehr schlecht als recht. Die CDU/SPD-Landesregierung hat keinen einzigen Nachweis darüber erbringen können, dass die neue Struktur besser ist als die alte. Sie hat die neuen Strukturen mit Rot und Peitsche eingeführt, dabei viel Vertrauen zerstört. Der Verlust von Finanzzuweisungen wurde den Gemeindeverwaltungen durch die CDU/SPD-Landesregierung rechtzeitig beugen

und "freiwillig" zusammengeschlossen. Die Peitsche in Gestalt der Zwangseingliederung schlägt den Rest.

"Jetzt erweist sich das als süßes Gift", so Veit Wolpert, FDP-Landesvorsitzender. "Nachdem durch das Haushaltsrecht die Erhöhung kommunaler Steuern beschlossen und geordnet, die sich "freiwillig" fügten, aber der Zusage vertrauten, nicht im neuen Gemeindeverbund erhalten zu können.

"CDU und SPD machen aus der Unmöglichkeit, etwas substantiell zu sparen, eine 'Tugend': Sie 'rasieren' die Gemeinden", so Wolpert. Und das gleich doppelt, denn die Finanztransfers der Bundesregierung zum Finanzausgleich sind für viele Gemeinden zu wenig zum Leben zu führen. Veit Wolpert: "Solch ein Handeln zerstört den Rest von Verantwortung der Landesregierung, der bei den politischen Entscheidungen auf kommunalen Ebene vielleicht noch vorhanden ist."